Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich: Hans Paulus in Halle.

Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg rc.] Anschluß-Nr. 176.

Saale-Zeitung.

Achtundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pfg.

Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 11. **Halle a. d. Saale, Montag den 8. Januar** **1894.**

Graf Caprivi und die Rechte.

In den Beziehungen des Reichskanzlers zu der konservativen Partei kann sich leicht ein wesentlicher Umschwung durch den Briefwechsel anbahnen, den der „Reichsanzeiger" veröffentlicht hat und den auch wir in unserer gestrigen Sonntagsausgabe bereits bekannt gegeben haben. Von den Wortführern der Rechten, namentlich in Ostpreußen, — und hier sind die einflußreichsten und rührigsten Agrarier ansässig — ist oft betont worden, daß viel wichtiger als die Aufrechterhaltung des bisherigen Getreidezölle die Aufhebung des Identitätsnachweises bei der Getreideausfuhr sei. Vielfach ist in Wort und Schrift von Männern wie dem Grafen Mirbach erklärt worden, die Aufhebung des Identitätsnachweises werde nicht nur einen Aufschwung des Handels und Wandels im Osten, sondern auch eine erhebliche Steigerung der inländischen Getreidepreise und durch die Vermehrung der Ausfuhr eine Entlastung des Inlandes von Kornfrüchten herbeiführen. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die Aufhebung des Identitätsnachweises die Brücke bilden werde, auf der ein erheblicher Theil der Rechten seinen Rückzug vollzieht. Die Maßnahme ist taktisch gerade deshalb von Belang, weil die Anhänger des Bundes der Landwirthe behaupten können, die konservativen Radikalen seien durch die Versprechungen, die sie vor der Wahl gemacht haben, endgiltig gebunden. Mit Rücksicht auf die Dinge, die sich vorbereiten, hat Graf Caprivi anscheinend schon frühzeitig seine harten Ausfälle gegen das imperative Mandat gemacht. Jetzt werden die konservativen Mitglieder des Reichstages vor der Frage stehen, ob sie angesichts der Aufhebung des Identitätsnachweises noch gegen den russischen Handelsvertrag stimmen können. Schon die Eingabe des Ausschusses des ostpreußischen Wahlvereins zeigt, wie der Reichskanzler mit Recht bemerkt, daß dort von einer grundsätzlichen Ablehnung des Vertrages nicht die Rede ist. Wir sind gewiß, daß die Großgrundbesitzer des Ostens für den Vertrag stimmen werden, sobald die Aufhebung des Identitätsnachweises gesichert ist.

Ueber die Gründe für und wider diese Maßnahme soll nicht erneut gesprochen werden. Dazu findet sich noch Gelegenheit genug. Aber die Bedeutung des neuen Schachzuges des Reichskanzlers für das ganze Parteiwesen fällt ohne weiteres in die Augen. Selbst wenn man sich der Wirkung des Briefwechsels verschließen wollte, so wird man doch durch die Haltung der „Kreuzzeitung" auf die Bedeutung des Ereignisses aufmerksam gemacht. Die „Kreuzzeitung" ist mürrisch und verdrießlich. Sie hebt hervor, daß die Aufhebung des Identitätsnachweises zwar von den Getreidehändlern im Osten gefordert werde, auch östlichen Großgrundbesitzern helfen könne, aber sie freut sich nicht so des Entgegenkommens des Reichskanzlers als viel eher des Widerstandes, den der Vorschlag im Bundesrathe findet. Die „Kreuzzeitung" will wissen, daß gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises von süddeutscher Seite Widerspruch erhoben werde und daß man dort höchstens gegen Aufhebung der Stafselfarife in die Aufhebung des Identitätsnachweises willigen werde. Nun aber erklärt sich die „Kreuzzeitung" als eine Freundin der Staffeltarife und verwirft heftig den Gedanken, mit ihrer Aufhebung die Zustimmung Süddeutschlands zu der Aufhebung des Identitätsnachweises zu erkaufen. Die Wahrheit aber verschweigt die „Kreuzzeitung," nämlich daß ihr die Aufhebung der Stafselfarife und die Aufhebung des Identitätsnachweises in diesem Augenblicke auf's äußerste widerstreben, weil damit die Mehrheit im Reichstage für den Handelsvertrag mit Rußland unter allen Umständen gesichert wird und weil überdies sich eine Aenderung in dem Verhalten eines großen Theils der konservativen Partei gegenüber dem neuen Kurs einleiten könnte. Man weiß, daß namentlich die Führer der ostpreußischen Konservativen auch für das Tivolioprogramm alles eher als begeistert waren. Man erinnert sich, daß insbesondere Graf Mirbach gegen den Antisemitismus recht bündige Erklärungen veröffentlicht hat. Die „Kreuzzeitung" sieht ihre augenblickliche Herrschaft auf der Rechten bedroht, wenn zwischen dem Kanzler und einem einflußreichen Theile der konservativen Partei ein Gottesfriede hergestellt wird.

Freilich ist man von diesem Frieden noch ziemlich weit entfernt. In einem Punkte ist auch an eine Befriedigung der agrarischen Wünsche nicht zu denken. An der deutschen Währung wird nicht gerüttelt werden. Aber es ist nicht ungeschickt, daß Graf Caprivi auf das Verlangen der Agrarier eingeht und ihnen Gelegenheit bieten will, ihre bimetallistischen Vorstellungen an den Mann zu bringen, will sagen, große Redekämpfe aufzuführen, die ungefähr ebenso praktisch sind wie die Grübeleien über das perpetuum mobile. Darin hat Graf Caprivi vollkommen recht, daß internationale Vereinbarungen über die Preissteigerung des Silbers gegenwärtig vollkommen aussichtslos erscheinen. Sie werden auch nicht aussichtsvoller, wenn die Herren Graf Mirbach, Otto Arendt, v. Kardorff sich mit Herrn Ludwig Bamberger und anderen Goldwährungsmännern in einer neuen Sachverständigenkommission über Fragen unterhalten, die Jahr für Jahr den Reichstag beschäftigt haben. Für die Volksvertretung ist die Berufung einer solchen besonderen Kommission ganz angenehm; denn damit werden endlich die langwierigen und öden Währungsdebatten bis auf weiteres aus dem Reichstage verschwinden. So wenigstens hoffen wir. Wenn der Reichskanzler seinerseits zeigt, daß er die Dinge gehen lassen muß, weil er schlechterdings sie nicht ändern kann, so werden endlich auch die Agrarier einsehen müssen, daß sie an anderer Stelle ihren Hebel einzusetzen und eine Förderung der Landwirthschaft zu bewerkstelligen haben. Jedenfalls kann man dem Kanzler hinfort aus seiner Behandlung der Währungsfrage keinen Vorwurf machen. Das ist für die Debatten über den Handelsvertrag mit Rußland von Bedeutung. Ferner kann man nicht mehr behaupten, der Mann ohne Ar und Halm habe kein Herz für die Landwirthschaft; da er bereit ist, sie durch Aufhebung des Identitätsnachweises zu unterstützen, so werden sicherlich mindestens die ostpreußischen und überhaupt die östlichen Großgrundbesitzer keinen Anlaß mehr haben, ihn leidenschaftlich zu befehden. Der Bund der Landwirthe wird den Mitgliedern der Rechten, die für den Handelsvertrag mit Rußland stimmen, den Vorwurf des Treubruches nicht machen können, da sich die Verhältnisse völlig verändert und die Voraussetzungen, die bei der Abgabe des Versprechens erfolgten, hinfällig geworden sind.

Wie sich im übrigen das Stimmenverhältniß im Reichstage ergeben wird, ist schwer vorauszusagen. Noch wird mannigfach bezweifelt, daß sich eine Mehrheit für die Aufhebung des Identitätsnachweises finde, zumal die Ansichten in allen Parteien getheilt sind und provinzielle Rücksichten viel mehr in Betracht kommen als Rücksichten auf Fraktionen oder Stände oder Berufsklassen. Denn die westlichen Agrarier sind großentheils im Gegensatz zu den östlichen der Meinung, daß durch die Aufhebung des Identitätsnachweises ihre Landwirthschaft geschädigt werde, was allerdings Graf Caprivi bestreitet. Sei dem nun, wie ihm sei, der Briefwechsel ist ein politisches Ereigniß ersten Ranges und seine Wirkungen werden sich bald genug zeigen. Heute aber schon kann man als sicher ansehen, daß der Handelsvertrag mit Rußland in letzter Stunde weder an den Regierungen noch an der Volksvertretung scheitern werde.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 7. Jan. Wie aus Bückeburg noch berichtet wird, begaben sich am Sonnabend vormittag der Kaiser und Fürst Georg nach Jagdschloß Baum. Der Kaiser erlegte auf einem Pürschgange 16 Hirsche. Gleich nach 1 Uhr erfolgte die Rückkehr nach Bückeburg, woselbst um 1½ Uhr Mittagstafel zu 23 Gedecken stattfand. Nach der Tafel verabschiedete sich der Kaiser von der Fürstin und begab sich alsdann, vom Fürsten Georg geleitet, nach dem Bahnhofe. Die Abreise nach Potsdam erfolgte um 3 Uhr. In Potsdam traf der Kaiser abends 7 Uhr ein und begab sich sofort nach dem Neuen Palais. Heute am Sterbetage weiland der Kaiserin Augusta, begaben sich der Kaiser und die Kaiserin vom Neuen Palais nach Charlottenburg, um im dortigen Mausoleum einen Kranz auf den Sarg der verewigten Kaiserin zu legen und einige Zeit in stiller Andacht in der Gruft zu verweilen. Nach der Rückkehr des Kaiserpaares in das Neue Palais fand daselbst die Frühstückstafel statt, zu welcher Prinz Heinrich XXIV. von Reuß eine Einladung erhalten hatte.

Die Aufhebung des Identitätsnachweises und der Staffeltarife.

Wie eine Ueberraschung dürfte überall der Briefwechsel zwischen dem Reichskanzler und dem Ostpreußischen landwirthschaftlichen Centralvereine gewirkt haben, obgleich sein Inhalt eine eigentliche Ueberraschung nicht mehr ist. Denn daß bezüglich des Identitätsnachweises etwas im Werke war, hatten unsere Offiziösen längst ausgeplaudert. Nunmehr liegen die Absichten der Regierung klar zu Tage. Eine besonders aufregende Frage ist damit nicht in die Tagespolitik hineingeworfen. Es läßt sich manches für die Aufhebung des Identitätsnachweises und manches dagegen sagen, und jedenfalls wird man die Sache überall ohne Leidenschaft behandeln. Von liberalen Blättern z. B. stimmt die „Nat.-Ztg." den Absichten der Reichsregierung rückhaltlos zu, während das „Berl. Tgbl." mancherlei Bedenken geltend macht, ohne sich jedoch gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises zu erklären. Bemerkenswerth ist, wie Finanzminister Miquel durch die offiziösen „Berl. Pol. Nachr." dem Plane Caprivi's sein Placet ertheilt. Da heißt es:

„Die Maßregeln, welche als Kompensationen für die seitens der Landwirthschaft von dem deutsch-russischen Handelsvertrage befürchteten Nachtheile empfohlen sind, haben den einen Grundzug gemein, daß sie sämmtlich eine Schmälerung der Einnahmen zur Folge haben würden. Dies gilt in gleichem Maße von den jetzt zur Erörterung stehenden Maßnahmen der Aufhebung des Identitätsnachweises für Getreide und der preußischen Staffeltarife wie der inzwischen endgiltig abgelehnten Zuckersteuerspende der Minderung und des Fortfalls der Zuckerausfuhrprämien. Während aber der Einnahmeausfall aus der letztgedachten Maßregel das Reich getroffen haben würde, fällt der Einnahmeausfall aus der Aufhebung des Identitätsnachweises, auch soweit derselbe sich in einer Minderung der Zolleinnahmen ausspricht, den bundesstaatlichen Kassen zur Last, weil die Ueberweisungen aus Zöllen und Verbrauchssteuern um den Betrag des Ausfalles sinken. Die voraussichtliche Verminderung der Eisenbahnfrachten fällt ebenso wie die Wirkung einer etwaigen Aufhebung der preußischen Staffeltarife für Getreide wesentlich den Staatsbahnverwaltungen, bei weitem in der Hauptsache der preußischen Staatsbahnverwaltung zur Last. Die Einnahmeausfälle, welche der letzteren aus der Aufhebung der Staffeltarife erwachsen würden, sind sehr erheblich. Sie fallen angesichts der ungünstigen Lage der preußischen Finanzen und des theilweise ursächlichen Zusammenhanges derselben mit dem Rückgange der Eisenbahnüberschüsse umsomehr ins Gewicht. Dazu kommt, daß die Aufhebung der Staffeltarife für Getreide leicht eine für die rationelle Entwickelung der Gütertarifwesens bedenkliche präjudizielle Bedeutung gewinnen könnte.

Weniger schwer fällt die finanzielle Seite betreffs der Aufhebung des Identitätsnachweises ins Gewicht. Deren finanzielle Wirkung läßt sich allerdings ziffernmäßig nicht mit derselben Genauigkeit feststellen wie der Einnahmeausfall infolge einer etwaigen Aufhebung der Staffeltarife. Aber das Ergebniß sachverständiger Schätzung läßt erkennen, daß, Verminderung der Zolleinnahmen und der Eisenbahnfrachten zusammengerechnet, der Einnahmeausfall infolge der Aufhebung des Identitätsnachweises weit leichter zu ertragen sein würde als der aus einer etwaigen Aufhebung der Staffeltarife. Es ist daher erklärlich, daß gegen diese Maßregel erheblich stärkere Bedenken als gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises geltend gemacht werden, deren Vortheile von unserer Landwirthschaft vor wenigen Jahren weit höher veranschlagt wurden, als die damals in Aussicht genommene Erhöhung der Getreidezölle um 2 M. Die amtliche Ankündigung der Vorbereitung einer diesbezüglichen Vorlage wird sicherlich in den landwirthschaftlichen Kreisen lebhafte Zustimmung finden."

Der Aufhebung der Staffeltarife scheint also Herr Miquel wenig geneigt zu sein. Trotzdem wird aber die Reichsregierung auch diesen Punkt ernsthaft in Angriff nehmen, denn die „Nordd. Allg. Zeitg." schreibt: „Wie wir vernehmen, findet hier im Laufe dieses Monats zwischen preußischen und bayerischen Kommissarien eine Berathung über die Frage der Staffeltarife statt." Man wird sich erinnern, daß der Finanzausschuß der bayerischen Abgeordnetenkammer die Regierung aufgefordert hat, die Beseitigung der Staffeltarife auf den preußischen Staatsbahnen im Auge zu behalten. Bayern knüpft anscheinend seine Zustimmung zur Aufhebung des Identitätsnachweises bei der Getreideausfuhr an die gleichzeitige Aufhebung der Staffeltarife.

Die deutsch-russischen Verhandlungen.

Offiziös wird bestätigt, daß die Verhandlungen über den deutsch-russischen Handelsvertrag, soweit sie die beiderseitigen Zolltarife betreffen, als abgeschlossen gelten können; die wenigen Positionen, über welche eine Verständigung noch aussteht, können als minder erheblich bezeichnet werden. Es erübrigt noch die allerdings nicht unschwierige Berathung und Feststellung des Schlußprotokolls, welche voraussichtlich längere Zeit in Anspruch nehmen dürften, obgleich, soweit es sich dabei um Bestimmungen handelt, welche Bezug auf den Tarif haben, das Erforderliche bereits bei der Berathung des Vertragstarifs festgesetzt worden ist. — Um bei der Formulirung der beiderseitigen Konzessionen keinen Raum für Mißverständnisse zu lassen, soll der „Nat.-Ztg." die offizielle Feststellung des Vertrages nicht in deutscher und russischer, sondern in französischer Sprache erfolgen.

Justizreformen.

Wir haben schon mitgetheilt, daß das preußische Staatsministerium in der Frage der Berufung gegen die Urtheile der Strafkammern endgiltig Stellung genommen hat. Es steht nunmehr die Einbringung einer Vorlage beim Bundesrath unmittelbar bevor, durch welche eine Revision des Strafprozesses und der mit ihm in Verbindung stehenden Bestimmungen der Gerichtsverfassung in größerem Umfange herbeigeführt werden soll. Es handelt sich dabei zunächst um die Einführung der Berufung gegen die Urtheile der Strafkammern. Die Berufung soll, wie der „Köln. Ztg." berichtet wird, an die Oberlandesgerichte gehen, bei welchen zu dem Behufe ein besonderer Senat gebildet werden muß; da aber, namentlich in Preußen, einzelne Oberlandesgerichtsbezirke zu groß sind, um sämmtliche Berufungssachen ihres Bezirkes beim Oberlandesgericht zu vereinigen, so soll der Landesgesetzgebung das Recht vorbehalten werden, in Verbindung mit einzelnen Landgerichten an geeigneten Bezirksorten abgezweigte Berufungssenate des Oberlandesgerichtes einzurichten, welche zum Theil mit Mitgliedern der Land- und Amtsgerichte besetzt werden dürfen und voraussichtlich auch besetzt werden müssen. In zweiter Reihe steht sodann die Entschädigung unschuldig Verurtheilter, die im Großen und Ganzen auf der durch mehrfache Beschlüsse des Reichstages schon festgestellten Grundlage ihre Regelung finden wird. Die Zulassung der Berufung und die Entschädigung unschuldig Verurtheilter sollen in dritter Reihe eine Revision der Bestimmungen über das Wiederaufnahme-Verfahren ermöglichen, und zwar dahin, daß die Voraussetzungen, unter welchen eine Wiederaufnahme des Verfahrens eingeleitet werden darf, schärfer gefaßt werden. Endlich handelt es sich noch um eine größere Anzahl früher schon angedeuteter, Einzeländerungen des bestehenden Gerichtsverfassungs- und Strafprozeßrechtes, Aenderungen, die überwiegend den Zweck verfolgen, eine größere Beschleunigung und Energie in der Leitung und Durchführung des Strafverfahrens, namentlich für solche Fälle herbeizuführen, in denen nach der Natur der Vergehen eine rasche und kräftige Sühne seitens des Strafrichters bisher oft vermißt worden ist.

Zur Reichssteuerreform.

Das „Berl. Tagebl." glaubt folgendes mittheilen zu können: „In Bestätigung und Ergänzung unserer früheren Nachrichten können wir heute gegenüber den Auslassungen verschiedener Offiziösen mittheilen, daß selbstverständlich Graf Caprivi die Reichsfinanzreform des Herrn Ministers Miquel unterzeichnet und eingebracht hat, das ändert aber durchaus nichts an der Sachlage, daß dem Reichskanzler der Reformplan gegenwärtig sehr unbequem ist und zur Zeit der Plan als Knüttel zwischen den Beinen wohl charakterisirt werden muß. Der Reichskanzler war und ist jedenfalls der Ansicht, daß eine Durchpeitschung des Finanzplanes zur Zeit höchst inopportun ist. Bei der hohen Einsicht des Ministers Miquel war es nicht anders zu erwarten, als daß er damit ganz einverstanden war, die Herbeiführung einer Entscheidung über den Plan zu vertagen. Von einer Zurückziehung der Vorlage war auch von uns nichts gemeldet worden. Im übrigen möchten wir darauf hinweisen, daß auch Herr Minister Miquel den Schlußgesetzentwurf mit unterzeichnet hatte und für dessen Einbringung mit verantwortlich war, ohne daß er, wie seitdem bekannt wurde, gerade ein Anhänger oder Befürworter desselben gewesen wäre."

Die Stempelsteuern auf Quittungen und Frachtbriefe würden nach Ermittelungen, welche die hanauer Handelskammer bei 40 den verschiedensten Branchen angehörenden kleinen, mittleren und größeren Betrieben angestellt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18940108011/fragment/page=0001

hat, im Durchschnitt einer Erhöhung der Gewerbesteuer um 149,46 Prozent gleichkommen. Für die einzelnen Branchen ist die neue Belastung dabei außerordentlich ungleichmäßig. Die Quittungssteuer allein würde von den 40 Betrieben einzelne mit einer Abgabe bis zu 2700 M. pro Jahr und bis zu 726 Proz. der Gewerbesteuer, die Frachtpapiersteuer bis zu 1067 M. und bis zu 340 Proz. der Gewerbesteuer belegen. Beide Stempelabgaben zusammen würden für einzelne Geschäfte eine Mehrbelastung bis zu 3601 M. und bis zu 968 Proz. ihrer jetzigen Gewerbesteuer ergeben. Diese enorme prozentuale Mehrbelastung bezieht sich nicht etwa auf Großbetriebe, sondern vorzugsweise auf mittlere Geschäfte mit einer jährlichen Gewerbesteuer von 72, 88, 96, 108 usw. Mark. Die interessanten Erhebungen sollen durch Druck den betheiligten Kreisen, insbesondere auch der Reichstagskommission, zur Kenntniß gebracht werden.

Internationales Kolonialinstitut.

Wie das „Mouvement geographique" mittheilt, soll am 8. d. in Brüssel eine Versammlung von Kolonialinteressenten stattfinden, in welcher die Bildung eines internationalen Kolonialinstituts beabsichtigt wird.

Verschiedene Mittheilungen.

* Die „Münch. Neuest. Nachr." schreiben: „Fürst Bismarck ist, wie wir aus bester Quelle erfahren, über die Publikation Dr. Hans Blum's „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarck's" sehr wenig erfreut. Davon, daß die Mittheilungen Dr. Blum's in diesem Buche in direktem oder indirektem Zusammenhang mit dem Fürsten stehen, oder daß der letztere gar als der eigentliche Autor dieses Werkes zu betrachten sei, kann gar keine Rede sein. Im Gegentheil hat Fürst Bismarck bereits mehrfach Gelegenheit genommen, Einzelheiten des Buches mit aller Entschiedenheit zu desavouiren. Wie es mit der angeblichen „Durchsicht" der Druckbogen solcher Werke im allgemeinen steht, dafür ein kleines, wohlverbürgtes Beispiel. Der Verfasser des Werkes „Bismarck und seine Leute," Busch, der dem Fürsten bekanntlich persönlich sehr nahe stand, sandte auch die Druckbogen dem Fürsten zu, mit der Bitte, die Stellen, die er nicht veröffentlicht sehen wollte, blau anzustreichen. Der Fürst durchstrich sämmtliche Druckogen von oben bis unten und sandte sie dem Verfasser zurück. Trotzdem erschien das Buch unter dem Nimbus der Inspiration durch den Fürsten! Was speziell die Arnim-Frage anlangt, so hört man, daß der Fürst bei einer Fortsetzung der Polemik das große thm zur Verfügung stehende Material über den Grafen Harry Arnim veröffentlichen will. Der Kampf zwischen dem Fürsten Bismarck und dem ehemaligen deutschen Botschafter in Paris wird sich voraussichtlich bei dieser Gelegenheit nur als eine Episode in dem jahrelangen erbitterten Kriege herausstellen, den gewisse Hofkreise gegen den damaligen Reichskanzler geführt haben. Daß der Fürst dem jungen Arnim eine direkte Antwort nicht ertheilen wird, dürfte wohl in dem Ton des Schreibens an den Fürsten eine ausreichende Begründung haben."

* In Wilhelmshaven wurde mit dem Einkleiden der für Kamerun bestimmten Compagnie Marine-Infanterie begonnen. Am 8. Januar nachmittags wird entgegen früheren Mittheilungen der Dampfer „Admiral" nach Kamerun abgehen.

* Das „Berl. Tagebl." hat von einem Herrn Heller, Vertreter des „Frkf. Gen.-Anz.", folgende Zuschrift erhalten: In Ihrer heutigen Abendausgabe haben Sie einer sogenannten „Berichtigung" des Bundes der Landwirthe Raum gegeben. In derselben ist unter anderem gesagt, der „Frankfurter Generalanzeiger" habe die Meldung seines berliner Bureaus, daß von 160,000 Mitgliedern des Bundes der Landwirthe vielleicht 50,000 aus diesem ausgetreten seien, in seiner Nummer 301 vom 23. Dez. 1893 bereits widerrufen müssen. Diese Behauptung des Bundes der Landwirthe ist unrichtig. Der „Frankfurter Generalanzeiger" hat allerdings eine dieser Behauptung entsprechende Berichtigung des Bundes der Landwirthe aufgenommen, aber nur, um bei diesem Anlaß seine frühere Meldung, daß in den letzten Monaten des Jahres 1893 rund 50,000 Mitglieder ausgetreten seien, zu wiederholen und aufrecht zu erhalten. Sie würden mich zu besonderem Danke verpflichten, wenn Sie diese neue unrichtige Angabe des Bundes der Landwirthe feststellen wollten.

* Die Kommandanturen von Frankfurt a. M., Altona, Mainz, Saarlouis sollen, nach dem „Hann. Cour.," im Jahre 1894/95 und später auch die in Neisse eingehen. Die Maßregel soll im Zusammenhange damit stehen, daß die neu angelegenden Truppenübungsplätze, deren jedes Armee-Corps einen erhalten soll, die Einsetzung besonderer Kommandanten erfordern, und daß durch die Aufhebung entbehrlicher Stadtkommandanturen ein Ausgleich geschaffen werden soll.

* Zum Fall des Soldaten Berger bestätigt auch die „Sächs. Arbeiterztg." die Verurtheilung Berger's zu 1½ Jahren Gefängniß, erachtet dagegen die Angabe über die Strafthat für falsch, da sonst die Gefängnißstrafe nicht unter 5 Jahren hätte sein können. Es sei durchaus nichts Näheres über die Strafthat zu erfahren.

* Die englische Landwirthschaft wird von den Agrariern neuerlich bei jeder Gelegenheit als durch den Freihandel zu Grunde gerichtet dargestellt. Allerdings ist in Großbritannien die Zahl der für den Weizenbau bestimmten Acres stark zurückgegangen seit 1874 um etwa 1,4 Millionen Acres, wogegen in derselben Periode die Zahl der Acres, auf denen Hafer gebaut wird, um rund 400,000, der Rindviehbestand um mehr als 800,000 Stück und der Bestand an Pferden um rund 200,000 gewachsen ist). Gegenwärtig produzirt Großbritannien trotz der starken Einschränkung des Weizenbaues noch immer mehr Weizen als das Königreich Preußen (im Jahre 1891 rund 72 Mill. Bushels gegen rund 1,3 Mill. Tonnen in Preußen).

* **Wilhelmshaven**, 6. Jan. Dem von Kiel kommenden Artillerie-Schulschiff „Carola" gelang es gestern des starken Eises wegen nicht, in den Hafen einzulaufen, dasselbe mußte auf die Rhede zurückkehren. Heute mittag erreichte das Schiff nach zweistündiger Anstrengung, über und über mit Eis bedeckt, glücklich den Hafen.

* **München**, 6. Jan. Der volkswirthschaftliche Sonderausschuß der Kammer der Abgeordneten hat sich unter Zustimmung der Staatsregierung für eine staatliche Viehversicherung durch Fortentwicklung der örtlichen Vereine zu einem einheitlichen Verbande, sowie für Rückversicherung und Ausgleichung größerer Viehverluste ausgesprochen.

Ausland.

Italien. Infolge der Haussuchung bei dem Deputirten Deselice-Giuffrida begaben sich Polizeiagenten zu einem Priester Namens Concetto Urso, welcher Pfarrer in Santa Lucia ist. Derselbe wurde verhaftet und nebst seiner Schwester, seinem Neffen und dem Sakristan nach dem Polizeigewahrsam gebracht. Die Verhaftung erfolgte in Rom. Die Verhaftung des Priesters sowie der anderen drei Angeschuldigten erfolgte, weil dieselben eine umfangreiche, dem Deputirten Felice Giuffrida gehörige Korrespondenz verborgen hatten. Dieselbe umfaßt gegen 1000 Briefe, unter denen sich wichtige chiffrirte Briefe des Anarchisten Amilcare Cipriani befinden. In einem der römischen Theater wurden Zettel verbreitet, welche die Worte enthielten: „Nieder mit den Aussaugern des Volkes! Es leben die sicilianischen Märtyrer! Nieder mit den Steuern!" Mehrere Anarchisten wurden alsdann verhaftet. Dieselben befanden sich im Theater und scheinen die Urheber der Kundgebung zu sein. Nach einer Meldung des „Popolo Romano" aus Neapel ist die Stadt ruhig, steht aber unter dem Eindrucke der sicilianischen Bewegung. Die Inhaber der hervorragendsten Waarenhäuser haben ihre Schaufenster geschlossen aus Furcht vor Straßentumulten, die jedoch bisher nicht eingetreten sind. Mehrere Individuen wurden von der Polizei verhaftet und dem Gericht überwiesen. Nach einer weiteren Meldung der „Agenzia Stefani" aus Neapel wurde am Sonnabend abend dort ein Korporal des 69. Inf.-Reg. von einer etwa 100 Personen zählenden Menge zu Boden geworfen, entwaffnet und durch Stockschläge verwundet, weil er sich geweigert hatte, in die aufrührerischen Rufe der Menge einzustimmen. Bei dem Zusammenstoße mit der zu Hilfe gerufenen Polizei wurden der Quartiermeister der Gendarmen und ein Municipalwächter verwundet; 5 Personen wurden verhaftet.

General Morra hat eine Proklamation an die Bewohner Siciliens veröffentlicht, in welcher er den lebhaften Wunsch ausdrückt, die überaus große Mehrheit der Bevölkerung, welche den Ausschreitungen ferngeblieben ist, wieder zu beruhigen, die kleine Zahl von Hetzern so schnell als möglich unschädlich zu machen und die Verblendeten auf den richtigen Weg zurückzuführen. Der General appellirt an die guten Bürger, ihm bei der Beruhigung der Gemüther behilflich zu sein und ihm die schmerzliche Pflicht zu ersparen, die Strenge des Gesetzes walten zu lassen. — Angesichts der Stockung der Geschäfte infolge der Ruhestörungen auf Sicilien ordnete General Morra an, daß der Versalltermin für alle Schuldverpflichtungen an die Banken um 2 Monate — vom 1. Januar d. J. ab gerechnet — hinausgeschoben werden solle. Weitere Nachrichten aus den Provinzen Siciliens melden, daß dort die Autorität der Behörden vollkommen wiederhergestellt ist. Einige Erregung herrscht indessen noch in gewissen Gemeinden der Provinzen Syracus, Trapani und Catania, doch sind dort von den Behörden Maßregeln getroffen worden, um jeder Ruhestörung vorzubeugen. Vollkommen unbegründet sind die Nachrichten von einem Bombardement Castelbetranos, wo die Ruhestörungen, die übrigens nicht schwerer waren als anderwärts, von den Truppen ohne Blutvergießen unterdrückt wurden; ebenso unbegründet ist es, daß in einigen Ortschaften Siciliens die Truppen sich vor der Bevölkerung zurückziehen mußten.

Die sozialistischen Deputirten Agnini, Badaloni, Berenì, Ferri und Prampolini veröffentlichen ein Manifest an das Land, in welchem sie sagen, daß zwei von ihnen sich nach Sicilien begeben, um die Aktion der Regierung zu kontrolliren. In weiteren Manifesten werden die Bürger aufgefordert, in Volksversammlungen gegen das geplante gewaltthätige Vorgehen der Regierung zu protestiren, den gegenwärtig vergeblichen Widerstand aufzugeben und die Kräfte für die Zukunft zu sparen.

Frankreich. Im Elysée fand am Sonnabend ein Ministerrath statt, in dem von den Depeschen Mittheilung gemacht wurde, welche sich auf den Zwischenfall in Sierra Leone beziehen; nähere Nachrichten über diesen Zwischenfall fehlen noch. Sollte die englische Darstellung richtig sein, so würde, wie die „Agence Havas" mittheilt, die französische Regierung sich nicht weigern, die nach dem Völkerrechte in solchen Fällen zu gewährende Genugthuung zu geben. Der Deputirte Deloncle beabsichtigt, die Regierung über den Zwischenfall zu interpelliren und die beschleunigte Regelung der englisch-französischen Grenzfragen zu verlangen. Die pariser Blätter sprechen ihr Bedauern über den Zusammenstoß zwischen Engländern und Franzosen bei Warina aus, welcher offenbar durch einen Irrthum verursacht sei. Der „Temps" sagt, das einzige Mittel zur Vermeidung ähnlicher Zwischenfälle sei die Erledigung der Abgrenzungsangelegenheit, deren Protokoll im Laufe des Januar festgestellt werden sollte und für welches nur die Rückkehr des gegenwärtig in Berlin weilenden Kommissars Haußmann abgewartet werde.

Infolge einer Verständigung zwischen dem Präsidenten des Schwurgerichts und dem Vertheidiger Baillant's ist die Verhandlung gegen Baillant auf Mittwoch angesetzt worden. Der verantwortliche Redacteur des Anarchistenblattes „Révolte," Jean Grave, ist verhaftet worden. Die klerikalen Blätter publiziren ein Schreiben des Papstes an den Bischof von Autun, in welchem der Papst seinen Abscheu über die jüngsten anarchistischen Missethaten ausspricht. Dringlicher denn je gehe aus denselben für Frankreich die Mahnung hervor, den päpstlichen Rathschlägen zu folgen und allen Parteiungen zu entsagen, um die höchsten Güter zu vertheidigen. Die Ereignisse verkündeten laut, daß die Religion allein der Gesellschaft Sicherheit und wirklichen Frieden verbürgen könne.

Am Sonntag haben in Frankreich die Neuwahlen zum Senat stattgefunden. Im ersten Wahlgange wurden 74 Senatoren gewählt. In 20 Bezirken sind Stichwahlen erforderlich. Es wurden 48 Republikaner und 6 Konservative wieder gewählt und 20 Republikaner neu gewählt. Die Republikaner gewannen 7 Sitze. Unter den Gewählten befindet sich auch der Unterrichtsminister.

Oesterreich-Ungarn. Bei den am Sonnabend in Pest abgehaltenen Berathungen der Finanzminister Dr v. Plener und Dr Wekerle wurden die Verhandlungen betreffs der Frage der Valutaregulirung in vollem gegenseitigen Einvernehmen abgeschlossen. Die beiden Minister einigten sich dahin, im Laufe der Jahre 1894 und 1895 je 100 Millionen Gulden Staatsnoten einzuziehen und dieselben theils durch Goldkronen, theils durch Silbertronen zu ersetzen.

Serbien. Der König unterzeichnete eine Verordnung des Kriegsministers über die Einführung der Grenzwache, für welche die Skupschtina 500,000 Francs votirt hat.

Rußland. Dem Vernehmen nach beabsichtigt man im Kriegsministerium einen Gesetzantrag, wonach die jungen Leute, welche die Universität beziehen wollen, vorher ihrer Militärpflicht genügen müssen.

Nach authentischen Meldungen über den Zustand des Generals Gurko hat derselbe einen Schlaganfall erlitten, welcher eine linksseitige Lähmung zur Folge hatte. Sein Zustand giebt jedoch augenblicklich zu ernsten Bedenken keinen Anlaß.

Provinzial-Nachrichten.

Freisinniger Parteitag in Magdeburg.

Am gestrigen Sonntag wurde in Magdeburg für einen Bezirk, der etwa den Reg.-Bezirk Magdeburg umfaßt, (es waren 13 Wahlkreise vertreten) ein Parteitag der freisinnigen Volkspartei abgehalten, dem auch der Abg. Eugen Richter beiwohnte. Wir erhalten darüber den folgenden Bericht:

△ **Magdeburg**, 7. Jan. Der große, etwa 3000 Personen fassende Saal des Konzerthauses, war schon lange vor Beginn der festgesetzten Nachmittagsstunde bis auf den letzten Platz gefüllt, so daß auf polizeiliche Weisung der Saal geschlossen wurde und hunderte keinen Einlaß mehr fanden. Der mit brausendem Beifallssturm begrüßte Abgeordnete Eugen Richter führte etwa folgendes aus: Jahre sind verflossen, seitdem ich zum letzten male hier in Magdeburg sprach. Die Parteiverhältnisse haben seitdem vielfach gewechselt, ich selbst bin aber der Alte geblieben. Das abgelaufene Jahr ist für die politischen Bestrebungen der deutschfreisinnigen Volkspartei nicht günstig gewesen, denn wir haben nicht vermocht, die Steigerung der Militärlast abzuhalten; die agrarische Agitation verband sich mit der gouvernementalen, und die Sozialdemokratie ist stärker geworden. Wäre die freisinnige Partei einig geblieben, dann hätte die Militärvorlage nicht mit einer Mehrheit von 11 Stimmen Annahme gefunden. Als unmittelbar vor der Entscheidung einige freisinnige Vertreter für die Militärvorlage eintreten erklärten, wollte man diese Spaltung durch Ausscheidung jener ausgleichen, dies gelang aber nicht, weil die Zahl der Freunde der betr. Vorlage überwiegend war. Darum war man die formale Konsequenz zu ziehen genöthigt, darum galt es, alles zusammenzufassen behufs Rettung der Zukunft der deutschfreisinnigen Volkspartei. Unterlegen ist dieselbe, wohl aber besitzt sie das Bewußtsein, alles gethan zu haben, um jede Mehrbelastung der minderbegüterten Klassen zu verhindern. (Bravo!) Jetzt besteht bereits ein festeres Gefüge in der freisinnigen Volkspartei, wie damals in Berlin so findet heute hier in Magdeburg und so werden in Zukunft zu bestimmten Zeiten und an verschiedenen Orten solche Parteitage abgehalten werden. Heute sind hier 13 Wahlkreise durch ihre Delegirten vertreten; in der Delegirtenversammlung sind die Statuten und die erforderlichen Schritte zu gemeinsamer Thätigkeit für die Zukunft berathen worden. Mit Genugthuung vermögen wir auf den Zeitraum von 15 Jahren zurückzublicken, seitdem wir den Nationalliberalen und dem Fürsten Bismarck nicht blindlings gefolgt sind. Damals wurden wir als Reichsfeinde bezeichnet, als wir gegen das Sozialistengesetz, gegen die Zollpolitik, gegen die Verstaatlichung der Eisenbahnen, Kolonialpolitik und Klebegesetz stimmten. Und heute? Das Sozialistengesetz existirt nicht mehr, in der Zollpolitik ist die Regierung gezwungen, umzukehren, betreffs der Verstaatlichung der Bahnen bemerkt selbst der Abg. Hammacher, daß man in einen Zustand der Stagnation gerathen sei, — bei der Konkurrenz zwischen Staats- und Privatbahnen hätten wir heute andere Verkehrs- und Tarifbestimmungen —, die Kolonialpolitik erfordert nur Opfer und Verluste, so daß man an Stelle der Worte Caprivi's: „So wenig wie möglich von Afrika" recht gut setzen kann: „Gar kein Afrika!" (Bravo!) Aufhängen, Verbrennen und Erschießen sind an der Tagesordnung, um deutsche Kultur in Afrika zu verbreiten. (Gelächter!) Die jahrelangen Kämpfe der freisinnigen Partei um Einführung der zweijährigen Dienstzeit haben mit der Annahme seitens der Regierung ihr Ende gefunden, wenn die freisinnige Volkspartei aber dieselbe dagegen gestimmt, so geschah es nur wegen der geforderten Präsenzerhöhung. Niemals kann die Volkspartei geneigt sein, neue Steuern auf Vorrath zu bewilligen. Das Erwerbsleben wird stark beunruhigt und leidet sehr unter den neuen Steuerprojekten. Wo soll auch das Vertrauen herkommen, wenn bald dieser, bald jener Erwerbszweig durch Hervorreten neuer Steuerprojekte beunruhigt wird. Die braven Antisemiten haben sich während dieser ganzen Campagne am misvergnügtesten benommen. Diejenigen Mitglieder der freisinnigen Partei, welche für die Militärvorlage eintreten wollten, habe ich rechtzeitig gewarnt, dem Minister nicht zu viel zu vertrauen, heute, wo sie ihren Fehler erkennen, stellen sie den Reichskanzler zur Rede, der, um mit dem Abg. Alex. Meyer zu reden, eben „nicht genug gesucht und gestrebt" hat, die niederen Klassen bei der Militärforderung zu entlasten. Weil der Tabak Genußmittel ist, soll er 50 Millionen schaffen; für die Raucher entsteht aber durch die Zuschläge und den in Aussicht gestellten erhöhten Schutzzoll eine weit höhere Belastung von 80—90 Millionen. Hier muß es eben die Masse bringen, und darum fällt die Steuer auf die Minderwohlhabenden. Wenn man sagt, man solle dann geringere Sorten rauchen, nun, da vermindert sich doch der Genuß, je kleiner aber die Cigarren werden, desto mehr giebt's Stummel. (Stürmischer Beifall!) Gerade weil der Tabak Genußmittel ist, muß sich der Konsum vermindern; bei 30 Proz. Verminderung werden 45,000 Arbeiter, die sonst in keinem anderen Berufszweige infolge ihres siechen Körpers Beschäftigung finden, brotlos. Am allerwenigsten wird diese schaffe Kontrolle die Hausindustrie ertragen. Vom Weinsteuerprojekt wird nichts übrig bleiben als höchstens die Schaumweinsteuer. Die Berathungen über die Stempelsteuer finden schon in den nächsten Tagen statt. Niemals soll man eine Verkehrssteuer vermehren, sondern stets zu vermindern suchen. Der Frachtstempel bildet eine Belastung des kleinen Stückgutes, all diese Steuern treffen gerade den Mittelstand. Und so ist auch die Stellung der Hamburger Handelskammer zu verstehen, die diese Steuern noch als „erträglich" findet. Die Entscheidung hierüber ruht in den Händen der Nationalliberalen und des Centrums. Der Ausspruch vom Zeitalter des Verkehrs bildet angesichts der Steuervorlagen eine drastische Ironie. Der Handelsstand ist leider nicht mehr so geschätzt wie früher, und die Anschauungen hierüber erinnern heute an frühere Jahrhunderte, wo Reisige auf vorüberziehende Kaufleute lauerten. Etwas mehr Selbstbewußtsein muß hier Platz greifen, wenn auch nicht die Anmaßung unserer Krautjunker. Diesem Steuerfeldzuge sieht die Volkspartei mit mehr Zuversicht gegenüber als dem damaligen Militärfeldzuge. Zur Deckung der Kosten braucht man u. a. nur die Steuerprivilegien und die Liebesgabe an die Schnapsbrenner zu beseitigen. Es ist eine eigenartige politische Situation für die freis. Volkspartei diesmal. In der Handelspolitik muß sie die Regierung unterstützen, weil es der Partei einzig und allein um die Sache selbst zu thun ist. Den deutsch-französischen Handelsvertrag hat die Partei seinerzeit auch unterstützt, während sie die Wirthschaftspolitik Bismarck's bekämpfte, weil er die Tarifvertrage aufheben wollte. Wir bedürfen eines Exportes unserer Industrie-Artikel ins Ausland, die neuen Handelsverträge bewirken aber, daß unser Absatz nicht noch mehr verkümmert wird. Die gesunkenen Getreidepreise sind auf die guten Ernten zurückzuführen. Niemals aber dürfen die Agrarier die Regierung für die Höhe der Grundrente verantwortlich machen, denn der Hausbesitz, die Kapitalrente und selbst die Löhne der Arbeiter sind steter Konjunktur ausgesetzt. Was kann auch der Staat für die Verschuldung der Agrarier? Hauptsache ist, daß man etwas von der Landwirthschaft versteht; der bei der Kavallerie etwa exterite „Pferdeverstand" thut's nicht allein. Der Grundbesitz muß erstarken in den Händen der Bauern, nichts ist verderbter als die großen Fideikommißbildungen. Ein Scheitern des deutsch-russischen Handelsvertrages würde große Verstimmungen hervorrufen, die Bündstoffe in politischer Beziehung abgeben werden. Von Rußland hängt der Friede Europas ab, darum möge man sich vor Verwicklungen hüten. Wenn die Regierung jetzt so schlecht behandelt wird von den Konservativen, so muß man sich fragen: Wie kommt das? Der Regierungsgegner Graf Herbert Bismarck ist mittels landräthlicher Hilfe gewählt, und derselbe ist es, der dem jetzigen Reichskanzler nicht verzeihen kann, daß er die Dreistigkeit gehabt hat, der Nachfolger seines Vaters, des Fürsten Bismarck, zu werden. Der Landrath in Wolmirstedt gründet einen neuen Zweigverein des Bundes der Landwirthe — müßte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18940108011/fragment/page=0002